



## „Nicht genügend“ für schwarz-blaue Bildungspläne

Arbeiterkammer vermisst Initiative für Chancengleichheit, Wirtschaftskammer freut sich über Stärkung des Leistungsprinzips.

Wien. (ede/apa) „Nicht genügend“: Diese Note vergeben die Neos an ÖVP und FPÖ für deren Bildungspläne. Das Regierungsprogramm sei ein „bildungspolitischer Rückschritt ins 19. Jahrhundert“, bemängelte Neos-Vorsitzender und Bildungssprecher Matthias Strolz am Mittwoch in einer Aussendung. Durch das „Einzeimentieren des Gymnasiums“ und die Verhinderung der sozialen Durchmischung werde die Spaltung der Gesellschaft weiter vorangetrieben.

Von einem „schwarz-blauen Retro-Trip“ sprach Julia Herr, Vorsitzende der Sozialistischen Jugend, und Arbeiterkammer-Präsident Rudi Kaske vermisst eine Initiati-

ve für Chancengerechtigkeit. Die Bildungsvorstellungen der Koalitionsverhandler würden weiter auf ein Schulsystem setzen, das die Kinder möglichst früh trenne statt möglichst lange gemeinsam fördere. Ziel müsse die bestmögliche Förderung aller Talente sein, betonte Kaske. Positiv sei, dass ÖVP und FPÖ weiterhin auf einen Ausbau der ganztägigen Schulen setzten. Kaske verlangt jedoch, dass weiter der Ausbau von „echten“, verschränkten Ganztagschulen gefördert wird, in denen Unterricht, Üben, Freizeit und Sport über den Tag abwechseln.

Hannes Androsch, Vorsitzender des Rats für Forschung und Technologieentwicklung (RFT)

und einer der Initiatoren des Bildungsvolksbegehrens 2011, kann in den Bildungsplänen der Koalitionsverhandler keinen großen Wurf erkennen. Noch liegt das endgültige Ergebnis nicht vor. „Aber das, was man gehört hat, ist weit entfernt vom Bildungsvolksbegehren, das unter Mitwirkung von Experten entstanden ist“, so Androsch.

Die Bildungssprecherin der Liste Pilz, Stephanie Cox, kritisiert neben der geplanten Wiedereinführung der verpflichtenden Ziffernoten auch die Tatsache, dass das Themenfeld Digitalisierung „nicht einmal ansatzweise“ behandelt wurde. Den Vorschlag des Ausbaus und der Qualitätssteige-

runge bei der Elementarpädagogik und den Ganztagschulen begrüßt sie. Allerdings werde die Umsetzung entscheidend sein, da die Kernfrage, wo das Geld herkomme, nicht beantwortet wurde.“

### Wirtschaftskammer: „Ja zum Leistungsgedanken“

Von der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) hingegen kam Zustimmung. Der Leiter der Abteilung für Bildungspolitik in der WKO, Michael Landertshammer, zeigte sich erfreut über die Pläne von ÖVP und FPÖ, in die sich „der Leistungsgedanke wie ein roter Faden zieht“. Das Leistungsprinzip zu stärken, beginne im Kindergarten, für den die WKO seit

Jahren fordere, diesen als Bildungsinstitution zu etablieren und nicht nur als bloße Aufbewahrungsstätte zu sehen.

Mit dem zweiten verpflichtenden Kindergartenjahr und der Einführung einer Bildungspflicht bis zur Erreichung bestimmter Grundkenntnisse seien wesentliche Forderungen der Sozialpartner erfüllt worden, sagte WKO-Präsident Christoph Leitl im Rahmen der Präsentation des neuen WKO-Bildungsangebots mit 100 „Bildungspfaden“. Dass die Pflichtschulzeit nicht nach Jahren bemessen werde, sondern nach Qualifikationsgrad, sei entscheidend für den weiteren beruflichen Werdegang. ■